

In wenigen Tagen, am 11. Februar, werden Iranerinnen und Iraner in fast jeder kleinen und jeder Großstadt des Landes offiziell vorgegebenen Abläufen gemäß durch die Straßen ziehen, um den vierzigsten Jahrestag der islamischen Revolution zu begehen. In Teheran stehen Lügen und Falschmeldungen zurzeit entsprechend hoch im Kurs.

Die Regierung dominiert sämtliche Medien des Landes und propagiert Geschichten, die das Vermächtnis vom Februar 1979 bis heute lebendig sehen und ihm den Fortbestand der Islamischen Republik als alleiniges Ziel zuschreiben. Während heftige Wellen der Hoffnungslosigkeit weite Teile der Bevölkerung unter sich begraben, sind andere sicher, dass man den Machthabern den Geist der Revolution entreißen und ihn aus der Gruft befreien müsse, in die sie ihn verbannt haben. Entstände daraus ein gemeinsamer nationaler Wille, so würde der revolutionäre Geist zu genau dem, worauf die Menschen hierzulande seit der monarchistischen Bewegung von 1906 hoffen.

Sonnenklar offenbart sich der erhebliche Unterschied zwischen dem diesjährigen offiziellen Jubiläum und den Feierlichkeiten früherer Jahre. Die breite, unter der Haut des Landes verlaufende Bewegung, die Freiheit und Gerechtigkeit fordert, hat in den letzten Jahren an Kraft gewonnen und setzt alles daran, durch ihre Kritik an einer Regierung, deren Hauptprogramm in der Festigung ihrer Herrschaft über Vergangenheit und Zukunft besteht, weiter zu wachsen.

Manche Beobachter sind der Ansicht, die politische Ordnung im Lande sei innerlich bereits marodiert, während der physische Zusammenbruch sich noch über Jahre hinziehen könne. Vielleicht meinte der Neffe von Ajatollah Chomeini, Gründer der Islamischen Republik Iran, deshalb kürzlich: „Es gibt keine Garantie dafür, dass wir bleiben.“

Auch der Präsident der Republik, Hassan Rohani, konnte seine Besorgnis darüber, dass vierzig Regierungsjahre die verfahrenere Lage zusehends verschlimmern haben, kaum verbergen, und befand während einer Ministerratssitzung: „Von Normalität kann keine Rede sein.“

Davon zeugen auch die Zahlen. Dem Vorsitzenden des Sozialausschusses im Parlament zufolge leben zwanzig Millionen Menschen im Land an den Rändern weniger Großstädte und allein drei Millionen an den Rändern Teherans. Weitere Zahlen besagen, dass acht Millionen Bürger drogenabhängig sind, dass die Armut in den Großstädten sich verfünffacht hat, dass in manchen Städten achtzig Prozent Arbeitslosigkeit herrscht, von der im Land insgesamt dreieinhalb Millionen Menschen betroffen sind. Das ist das Ausmaß der Krise, in der Iran heute steckt.

Seiner politischen Struktur nach kann das Land die Probleme seiner Bewohner nicht lösen. Vier Jahrzehnte Islamischer Republik haben allein dazu geführt, dass die Menschen mehr Forderungen haben als zuvor und so deutlich wie nie spüren, dass sie im Mangel leben. Klarer denn je ist den Menschen bewusst geworden, dass die Regierung keinen Plan zur Beseitigung der Probleme hat und keine Verantwortung übernimmt. Die Bevölkerung ist zu dem Schluss gelangt, das schändliche Bäumchen-wechsel-dich-Spiel zwischen Fundamentalisten und Reformern, an der Spitze diene allein dem Ziel, Zeit zu schinden und Probleme hinauszuschieben, die angesichts ungeeigneter Strukturen nicht die geringste Lösungschance haben. Entsprechend im Stich gelassen fühlen die Menschen sich mit den vielen Schwierigkeiten, die sie tagtäglich bewältigen müssen, ohne sie selbst verschuldet zu haben.

Wer kann unser Leben verbessern? Während die Menschen in den letzten zwei Jahrzehnten noch glaubten, ein Austausch der Eliten an der Spitze, ein Wechsel von Fundamentalisten zu Reformern werde ihnen Verbesserungen bringen, setzen sie in Regierungswechsel heute keinerlei Hoffnung mehr. Sie haben im Gegenteil sogar das Gefühl, getäuscht worden zu sein. Der Vizepräsident des Parlaments formuliert es so: „Die Bevölkerung hat das Gefühl, nichts ausrichten zu können. Egal wer Präsident wird, am Ende machen doch immer andere, was sie wollen.“

Im Rahmen eines im Zentrum für strategische Regierungsprüfung veranstalteten Seminars zur Analyse der Gründe für die Aufstände zwischen Dezember 2017 und Januar 2018 in mehr als hundert Städten des Landes brachte ein Redner die Lage so auf den Punkt: „Unsere Probleme bleiben ungelöst. Das Land steht still, niemand tut auch nur das Geringste.“

Es herrscht eine echte Krise. Sie hat ihre Gründe in der Tatsache, dass eine Minderheit mit wachsender Härte auf der Wahrung ihrer Interessen beharrt. Und so stellt sich die höchst bedeutsame Frage, wie man das Land in dieser Lage und in einer Unruhregion, die einem Pulverfass gleicht, einer Minderheit entreißen möchte, die Macht und Pfünde angehäuft hat, welche sie weder rasch noch mühelos aus der Hand zu geben bereit ist.

Zwei Hauptkräfte bilden diese Minderheit und haben das Land zu ihrem politischen Spielball gemacht: Reformen und Fundamentalisten. Was beide gemein haben, sind falsche Wahlversprechungen und ihre Machtsessenheit. Unterschiede zwischen beiden bestehen allerdings auch. Die Reformen stehen unter stärkerer Beobachtung durch den Westen. Wenn sie an der Regierung sind, schlägt ihnen, sobald sie einen Schritt auf die Vereinigten Staaten zugehen, massiver konservativer Widerstand entgegen, der von einem ideologischen Scheinkonflikt herührt. Hinter den Hetzparolen der Fundamentalisten verbirgt sich deren starker Ehrgeiz. Einer der Theoretiker der Bewegung stellte kürzlich in einem auch in den sozialen Medien verfügbaren Video Vor-

Iran, eine offene Arterie

Bei Jubiläen wie dem der Islamischen Revolution vor vierzig Jahren stehen Lügen hoch im Kurs. Höchste Zeit, daran zu erinnern, was tatsächlich geschah. *Von Amir Hassan Chehelan*



Er ist wieder da: Teheran im Jahr 1979

Foto Barbara Klemm

bedingungen für Gespräche mit den Amerikanern. Eine besteht darin, die Wall Street als Zentrum des weltweiten Wuchers zu schließen. Die andere, dass die Amerikaner zum Islam konvertieren.

Im ersten Jahrzehnt nach der Revolution zeichnete sich eine innere Spaltung der Regierung zwischen Realismus und Idealismus ab. Die Idealisten gewannen die Oberhand. Die daraus erwachsenen Schäden zeigten sich am Ende der Dekade in der Armut und Rückständigkeit des Landes, auch bedingt durch den sinnlosen, acht Jahre währenden Krieg gegen das Nachbarland Irak. Der heilige Idealismus träumte vom Sturz Saddam Husseins und vom Triumph Palästinas. Das Resultat, abtraumgleich, waren Verwüstung, leere Kassen und Hunderttausende Tote, sowohl in Iran als auch im Irak.

Seit fünfzehn Jahren allerdings ist keine Rede mehr von Idealismen und Werten. Es geht nur noch um den Erhalt des Status quo. Möglich wurde das durch die Wahlen im Jahr 2005, die Mahmud Ahmadineschad zum Sieg verhalfen, der die Armen und Benachteiligten täuschte, und ein weiteres Mal 2013, als Hassan Rohani die Wahlen für sich entschied und die Mittelschicht alsbald enttäuschte.

Diese war schon mit der Revolution von 1979 hinter Licht geführt worden. Nach einer Dekade wirtschaftlicher Entwicklung und Wachstums hatte sie politische Mitsprache gefordert und Versprechungen der Islamischen Republik geglaubt, die Hoffnung auf Freiheit geweckt hatten, rasch jedoch erkennen ließen, dass die Revolution in Wahrheit danach trachtete, der Mittelklasse den Garaus zu machen. Die Kommandozone für das Ausrottungsprojekt befand sich in Teheran, von wo aus die Revolutionsführung, Hand in Hand mit den Armutsflüchtlingen, die Vernichtung der Mittelklasse lenkte und die Massen das Stadtleben lahmlegen ließ. Tausende Hingerichtete gehörten zur Mittelschicht, ebenso Millionen von Menschen, die ausgewandert sind. Auch die ausgedehnten Säuberungswellen und Entlassungen an Universitäten

und in Behörden hatten die Mittelschicht im Visier. Weshalb? Was war so besonders an ihr? Ihre westliche Lebensweise.

Kaum war jede Spur dieser Schicht aus der Hauptstadt getilgt, trat eine Grabesstille ein, durch die allein der Ruf der Kriegstrompete während des achtjährigen Kriegs gegen das Nachbarland hallte, begleitet von den Schritten der Dorfbevölkerung, die in die Großstädte aufbrach, um anschließend an die Front zu ziehen.

Das zweite Jahrzehnt nach dem Kriegsende begann mit Parolen von Wiederaufbau, um das am Boden zerstörte Land in neuem Glanz erstrahlen zu lassen. Haschemi Rafsandschani, der zweite Kopf der Revolution, wurde Ministerpräsident und bemühte sich, die Kriegswunden zu heilen. In jenem Jahrzehnt begannen die Attentate auf Regierungsgegner im In- und Ausland, zugleich erhielt die Mittelschicht eine neue Chance. Ausdruck dessen war gegen Ende des Jahrzehnts die Wahl Mohammad Khatamis zum Ministerpräsidenten, der sich Freiheit, politische Entwicklung und den Aufbau der Zivilgesellschaft auf die Fahnen geschrieben hatte.

In Khatamis Amtszeit fiel jedoch auch die Offenbarung einer anderen Wahrheit: die Erkenntnis nämlich, dass die Regierung eigentlich kaum Einfluss hat und dass überall von verborgenen Mächten oder von einer Pseudoregierung die Rede ist. So wurde der Vorhang über dem harten Kern der Macht gelüftet, und fast alle Kräfte gelangten zu der Überzeugung, dass in Iran diese geheime Macht tatsächlich das letzte, das Machtwort hat.

Nach Kriegsende hatte niemand den Mut, den von der gesamten Führung des Landes als Sieger und als Retter Irans betrachteten Kämpfern für den Islam zu sagen: „Jetzt ist es an der Zeit, euch in die Kasernen zurückzuziehen und weitere Anordnungen abzuwarten.“ Rafsandschani setzte die Kämpfer stattdessen in der Wirtschaft ein. Seither mischen sie sich überall in alles ein und fordern ihren Anteil an der politischen Macht. Ein Wirtschaftsexperte sieht die Hauptursache für Irans ökonomische Krisen in Faktoren, die zwar außerhalb der Wirtschaft angesiedelt sind, ihre Wurzeln aber in der na-

wäsche zwölf Prozent der Liquidität des Landes ausmacht. Ein weiterer Abgeordneter zeigte sich überzeugt: „Ohne Unterstützung ist Geldwäsche in derart großem Ausmaß unmöglich.“ Notgedrungen musste Außenminister Mohammad-Dschawad Zarif, als Teile des Parlaments vehement gegen die Genehmigung der Bekämpfung von Geldwäsche opponierten, zugestehen, es sei nicht von der Hand zu weisen, „dass in diesem Land einige Leute von Geldwäsche profitieren“.

Der Parlamentsvizepräsident Ali Motahari ist mit ihm einer Meinung: „Jährlich kursieren im Land Drogen im Wert von dreißig Milliarden Toman, ohne dass klar ist, woher das Geld kommt oder wohin es geht. Könnte man Transparenz schaffen, wäre das ein Weg, die Geldflüsse zu stoppen.“

Während der jüngsten Finanzkrise, in der binnen weniger Monate die Landeswährung gegenüber dem Dollar etwa ein Drittel ihres Werts eingebüßt hat und daraufhin nur noch Importeuren von lebenswichtigen Gütern die Möglichkeit der Devisenbeschaffung eingeräumt werden sollte, stellte sich nach der Zuteilung von Mitteln an diese Firmen bei Kontrollen heraus, dass sechshundert neue Firmen nur zu dem Zweck ins Leben gerufen worden waren, Zugang zu Devisen zu erhalten. Bei genauerem Hinsehen trat zutage, dass keine der Firmen über einen Sitz im Ausland verfügte. Alle hatten die erhaltenen Devisen zum dreifachen Preis auf dem freien Markt verkauft. Dass staatliche Firmen während der letzten zwei, drei Jahrzehnte Privateigentum angehäuft haben, ist eine Geschichte für sich, die auch davon handelt, dass die Machthaber des Landes beträchtliche Summen auf nächste Angehörige und verlässliche Zeitgenossen in ihrem privaten Umfeld übertragen haben.

Zur Lösung der ökonomischen Probleme kennt die Regierung nur das Mittel des Gelddrucks. Siebzig Prozent des staatlichen Haushalts sind im Laufe der vergangenen fünf Jahre entstanden. Die gesamte Last, die eine solche Politik verursacht, schultert allein die Bevölkerung.

Angesichts dieser Zustände haben Wirtschaftsexperten des Landes in den vergangenen Monaten drei offene Briefe an die führenden Köpfe der drei Gewalten verfasst, um Aufklärung zu fordern. In einem dieser offenen Briefe hieß es: „Die private Aneignung staatlicher Mittel und deren Überschreibung auf Freunde und Bekannte der betreffenden Akteure haben zur Konzentration von Kapital in den Händen einiger weniger Menschen geführt, die die Privilegien der Macht genießen. Binnen kürzester Zeit konnten diese Kapitalisten so einerseits große Reichtümer anhäufen und haben zum anderen nun die Regierung in ihrer Gewalt.“

Weiter heißt es in einem der Briefe: „In den vergangenen Jahren ist weder Wirtschaftswachstum entstanden, noch wurde die industrielle Entwicklung vorangetrieben, auch die Profitgier wurde nicht reduziert. Weder wurde die Korruption eingedämmt, noch stieg der Wohlstand der Bevölkerung. Als eindeutiges Resultat hingegen steht fest, dass die Gesellschaft in einem Teufelskreis steckt: Sobald die Preise steigen, steigt der Wechselkurs, was wiederum Preissteigerungen zur Folge hat, die den Wechselkurs in die Höhe treiben, wodurch die Krise sich weiter verschärft.“

Den Hauptgrund für die Plünderungen des Staatshaushalts sehen die Verfasser der Briefe in der ungeheuerlichen Beziehung der Räuber zu Macht und Kapital. Sie gehen so weit, eine Geld- und Medienmafia als Hauptursache für die bestehende Situation zu benennen, und sehen in der Fortsetzung der aktuellen Politik den Grund für den höchsten Anstieg der Inflationsrate seit dem Zweiten Weltkrieg sowie für den plötzlichen Absturz von Millionen von Angehörigen der Mittelschicht unter die Armutsgrenze. Sie wiesen zudem darauf hin, dass während der letzten sieben Jahre zwei Währungsschocks die iranische Währung auf ein Zehntel ihres Wertes reduziert haben, ein in den letzten fünfundsiebzig Jahren einmaliges Ereignis. Und sie erinnerten daran, dass neusten internationalen Angaben zufolge die Armutsgrenze für eine dreiköpfige Familie bei 170 Dollar pro Monat liegt, woraus sich ergibt, dass unter Zugrundelegung des aktuellen Wechselkurses mindestens die Hälfte der Bevölkerung Irans unter der absoluten Armutsgrenze lebt.

Diese Krise hat die Taschen der Mittelklasse geleert. Sie magert zusehends ab, während die populistischen Fundamentalisten unentwegt von der Kluff zwischen Arm und Reich reden. Die urbane Gemeinschaft der Hauptstadt ist so gut wie zerstört. Angesichts der geschwächten Mittelklasse, die Freiheit und Demokratie verteidigt, mobilisieren sich sechshundert Prozent der Armen gegen vier Prozent der Reichen. Alle Zeichen deuten auf einen bevorstehenden Aufstand hin.

In dieser Atmosphäre der Hoffnungslosigkeit sind sich fast alle einig: So kann es nicht weitergehen. Die Regierung muss entweder den Weg für Reformen öffnen, was sie seit mehr als zwei Jahrzehnten verweigert, oder aber sie gestattet zur Verhinderung des totalen Zusammenbruchs dem Militär, die Macht zu übernehmen, was die Krise noch verschärfen würde. Folglich steckt Iran am vierzigsten Jahrestag einer Revolution, die die Hoffnung auf Freiheit und Unabhängigkeit geweckt hatte, in einem Brunnenloch, in das sein östlicher Nachbar Pakistan bereits tief gesunken und dem sein westlicher Nachbar Türkei noch nicht ganz entstiegen ist.

Aus dem Persischen übersetzt von **Jutta Himmelreich**.

Amir Hassan Chehelan lebt in Iran. Sein Roman „Der standhafte Papagei“ erschien 2018 bei Matthes und Seitz, Berlin.

Anständiger Gang

Saul Friedländer spricht über Juden in Europa

Es war im Juli 1942, als im besetzten Frankreich die Verhaftungen von ausländischen Juden begannen. Saul Friedländer, 1932 als Sohn einer jüdischen Familie in Prag geboren, war drei Jahre zuvor mit seinen Eltern nach Frankreich geflohen, in der Hoffnung, im Land der Erklärung der Menschenrechte Zuflucht zu finden.

Es kam anders. Die Eltern sahen sich gezwungen, ihr Kind unter falschem Namen dort in einem katholischen Internat zu verstecken. Der noch nicht einmal zehnjährige Junge riss aus, wollte zu seinen Eltern, die ihn zu rückschicken mussten. „Was ging wohl in ihnen vor“, erinnerte sich Friedländer gestern in seiner Gedenkrede im Bundestag, „als sie sahen, wie ihr kleiner Junge, der sich mit Händen und Füßen wehrte, weil er bei ihnen bleiben wollte, aus ihrem Zimmer entfernt wurde?“ Es war das letzte Mal, dass er seine Eltern sah. Sie wurden, wahrscheinlich noch im selben Jahr, in Auschwitz ermordet.

Zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erinnerte Wolfgang Schäuble (CDU) im Bundestag an das Gebot, ein Mitmensch zu sein, und an „unsere Verantwortung, nicht vergessen zu wollen“. Die eindringlichen Worte von Friedländer nahmen den Zuhörern die Möglichkeit zu vergessen. Er hielt seine Rede auf Deutsch – der Sprache seiner Kindheit, die er über viele Jahre vergessen und später zurückgerufen haben.

Nach dem Krieg wanderte Friedländer nach Israel aus. Die Staatsgründung sei für Juden wie ihn lebensnotwendig gewesen. Und so bleibe es, bei aller Kritik an der Politik seiner Regierung, bis heute „eine grundsätzliche moralische Verpflichtung“, das Existenzrecht Israels zu verteidigen. Friedländer wurde zu einem der renommiertesten Historiker der Geschichte des Nationalsozialismus. Er gab den Opfern eine Stimme, laschte ihren Schreien, ließ sie – und nicht nur die Täter – sprechen.

In der westdeutschen Geschichtswissenschaft hatte er damit keinen leichten Stand. Das veranschaulicht sein berühmter gewordener Briefwechsel mit dem Historiker Martin Broszat über die „Historisierung des Nationalsozialismus“. Objektiv, behauptete Broszat, könne Friedländer nicht über das „Dritte Reich“ schreiben, weil er doch Jude und befangen sei. Friedländer führte vor, in welchem Konstrukt Broszat sich damit bewegte: Müsstes die westdeutschen Historiker, zumal solche, die die NS-Zeit noch erlebt haben, nicht genauso befangen sein?

Die Anerkennung, die Friedländer für sein Werk und Wirken erfuhr, gab ihm recht. Mit zahlreichen Auszeichnungen bedacht, erhielt er 2008 für sein Buch „Das Dritte Reich und die Juden“, das als eines der Standardwerke der NS-Forschung gilt, den Pulitzer-Preis.

Friedländer überschrieb dieses Buch mit einem Eingangszitat von Hermann Göring vom 12. November 1938: „Ich möchte kein Jude in Deutschland sein.“ Ein Satz aus längst vergangenen Zeiten? So klangen die mahnenden Worte von Schäuble nicht, der auf den inakzeptablen „Antisemitismus in neuem Gewand“ verwies, „den alten und auch einen neu zugewanderten“. Scharf kritisierte Friedländer nicht nur den heutigen Antisemitismus der extremen Rechten, sondern auch den der extremen Linken. Die „politisch korrekte Art der Rechtfertigung ihres Hasses“, ihres „nur düffert verhüllten Antisemitismus“, bestehe darin, „die israelische Politik obsessiv anzugreifen und dabei zugleich das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen“.

Werden wir weiterhin so hellhörig gegenüber neuen Formen des Judenhasses bleiben, wenn die Zeitzeugen eines Tages nicht mehr leben? Wie wird öffentliches Gedenken ohne sie aussehen? Wir verlieren ihre Stimmen, die, wie Friedländer schreibt, „das offene Fenster, was man wusste und wissen konnte“. Auch in seiner Rede wurde er nicht müde zu betonen (und zu belegen), dass schon 1942, spätestens 1943 Millionen Deutsche von der systematischen Ermordung der Juden gewusst hätten. Es waren wichtige Worte in einer Gegenwart, in der das Wissen über Auschwitz zu schwinden droht und die reflexartige Abwehr wiederauflebt, Verantwortung für etwas zu übernehmen, was doch schon damals, so lautet der immer gleiche Tenor, keiner gewusst habe.

Friedländers Rede zeigt, wie sehr wir die Stimmen der Überlebenden brauchen. Sie sind gerade kein Verlust an Objektivität. Sie schützen vor einer Relativierung des Geschehenen. Und sie erinnern uns an unsere Pflicht, im Sinne der von Schäuble angemahnten Mitmenschlichkeit zu handeln – so wie es der Widerstandskämpfer Hans von Dohnanyi beschrieb, mit dessen Worten Friedländer seine bewegende Rede beendete: „Es war einfach der zwangsläufige Gang eines anständigen Menschen.“ HANNAH BETHKE